**Eine rechte Arbeiterklasse?**

**Donald Trump und seine Basis[[1]](#footnote-1)**

Die These ist mittlerweile so weitverbreitet, dass kaum ein Autor glaubt, sie noch empirisch untermauern zu müssen: Die Basis des Rechtspopulismus ist die Arbeiterklasse – von Formalgebildeten liebevoll auch als die „Bildungsfernen“, „Proleten“ oder schlicht „Asis“ bezeichnet.

Auch in den USA quillt die bürgerliche Presse über mit Artikeln, die dies in Bezug auf die soziale Basis des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump behaupten.[[2]](#footnote-2) Auf seiner Webseite rühmt sich Trump entsprechend nicht nur mit einem Zitat der rassistischen Berufsprovokateurin Ann Coulter, die über ihn sagte, er „spreche für die Arbeiterklasse“, sondern auch in liberalen und linksorientierten Medien wird diese These verbreitet.

Impliziert wird damit natürlich zugleich, der Klassengegensatz sei stillgestellt, wenn die einfachen Amerikaner im Multimilliardär Trump, der sein geerbtes Vermögen vor allem in Immobilien und Casinos angelegt hat und als Reality-TV-Gestalt schon vor seiner Kandidatur ein Massenpublikum erreichte, ihre Interessenvertretung zu erblicken scheinen.

Nun gehört es zu den charakteristischen Eigenschaften der „gebildeten Schichten“ aus Beobachtungen ihre Schlüsse zu ziehen. Die linksorientierten Akademiker aus Mittel-/Oberklassefamilien teilen sich dann auf in einen wohlmeinend-linksliberalen und einen selbstgenügsam-linksradikalen Teil. Der linksliberale kommt i.d.R. zu dem Schluss, dass man den Arbeiter\_innen doch nur einfach mal sagen müsse (und einmal muss reichen!), wie doof rassistische Stereotype, sexistische Sprüche, Homophobie, Heteronormativität, Landesgrenzen, Atomkraft, Speziesismus, Plastiktüten, Billigflüge, Primark und Fleischkonsum doch sind und wie gut es uns allen gehen würde, wenn das endlich alle einsähen und es das alles dann folgerichtig auch nicht mehr gäbe. Und wenn die Linksliberalen dann enttäuscht sind über die Undankbarkeit der LIDL-Kassiererin oder des Daimler-Leiharbeiters für so viel Aufopferungsbereitschaft in Sachen aufklärerische Bildung und Anleitung zur Reflektion, dann ziehen sie sich eben ins Private oder in „safe spaces“ zurück und schauen melancholisch-selbstgerecht auf die Schlechtigkeit der Welt, verändern sich bestenfalls selbst „im Kleinen“ statt das große Ganze da draußen.

Der selbstgenügsam linksradikale Teil hat wiederum im Adorno-Seminar im ersten Semester gelernt, dass die Arbeiterklasse ein für alle Mal kein „revolutionäres Subjekt“ mehr ist, weshalb man sich als Teil dieses Milieus auch um ihre Lage und Nöte nicht mehr zu kümmern braucht. Und egal, ob die Mitglieder dieses selbstgenügsam-linksradikalen Milieus nun später als verkrachte Existenzen enden – dabei weiter in die Misanthropie abgleitend - oder ob sie Karriere an der Hochschule oder in der Politik machen, können sie sich dabei alle permanent in der Richtigkeit ihrer einmal gefassten Überzeugung bezüglich der Unzuverlässigkeit der ungebildeten Massen bestärken (also jener Massen, die in der Regel mit ihren Lohnsteuern für die Finanzierung ihrer hochgeistigen Tätigkeit sorgen) – dann nämlich, wenn sich Teile der Arbeiterklasse angesichts der herrschenden Zustände zwischen Arbeits- und Wohnungsmarktkonkurrenz dann tatsächlich irgendwann von der Rechten angesprochen fühlen.

Dabei treiben diejenigen Wohlmeinenden, die Karriere machen, ihre Massenverachtung am Ende noch so auf die Spitze wie der frühere demokratische Gouverneur von Pennsylvania, Ed Rendell, der den typischen Wahlarithmetik-Zynismus an den Tag legte, als er stellvertretend für einen liberalen Funktionärstypus sagte: Trump möge zwar den Rückhalt der Arbeiterklasse haben. Aber die seien doch selbst in seinem wechselwählenden Heimatstaat schon längst, weil viele sich mangels Alternativen enthielten, zahlenmäßig nicht mehr wahlentscheidend.[[3]](#footnote-3) Mit anderen Worten: Den Pöbel könne man also gut links liegen lassen. Andere wiederum lamentieren wie Andrew Sullivan in liberal-antidemokratischem Geist über die „Probleme“ mit dem „Massenwahlrecht“.[[4]](#footnote-4)

Tatsächlich ist im Demokraten-Establishment, das niemand so verkörpert wie Trumps höchstwahrscheinliche Gegenkandidatin Hillary Clinton, die Haltung weit verbreitet, dass die Wahl im moderaten Bürgertum gewonnen werden kann. Clinton müsse nur viele kosmopolitische Großkopferte, die Trumps plebejisches Auftreten genauso ablehnen wie seine nationalistischen und rassistischen Parolen, mit einem Kleinere-Übel-Wahlkampf zu sich herüberzuziehen. Mit Clinton führten die Establishment-Demokraten, so der linke Journalist Doug Henwood, faktisch einen Wahlkampf gegen die von den Sanders-Demokraten verkörperte Hoffnung selbst.[[5]](#footnote-5) Kein Wunder: Mit Trump und Clinton ziehen tatsächlich zwei unglaublich verhasste Politiker in den Präsidentschaftswahlkampf. Noch nie in der Geschichte der USA hatten jemals die zwei Kandidat\_innen so ins Negative ausschlagende Netto-(Un-)Beliebtheitswerte.[[6]](#footnote-6) Entsprechend kann und wird Clinton nur mit einem „Achtung, Faschismus!“-Negativwahlkampf gewinnen.[[7]](#footnote-7)

**Eine alte These: Rechtspopulismus=„Unterschicht“?**

Aber stimmt die These von der Arbeiterbasis des Rechtspopulismus überhaupt empirisch? Oder ist sie nur Ausdruck im linksliberalen Bürgertum weitverbreiteter klassistischer Vorurteile? Tatsächlich ist in diesem Milieu, wo man sich über Rechtschreibfehler bei rassistischen Tweets und Facebook-Threads lustig macht,[[8]](#footnote-8) während man gleichzeitig die soziale Undurchlässigkeit des Bildungswesens befestigt, ja die Auffassung weit verbreitet, der Rechtspopulismus sei ein Proletarier-Igitt. Wobei der eine optimistische Teil glaubt, es gehe um Bildung und der andere, wie gesagt, die sogenannten „Unterschichten“ als hoffnungslos „rassistisch“ abtut.

Zunächst müsste man fragen: Was heißt eigentlich Arbeiterbasis? Denn als erstes müsste schließlich unterschieden werden zwischen Führungskadern, Mitgliedern und einfachen Unterstützern (Sympathisanten, Wähler) rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien. Vor allem in den USA kommen hierzu die Financiers. Diesbezüglich gilt, dass diese i.d.R. aus dem Großkapital kommen (fossil-energetische Konzerneigner und Multimilliardäre wie die Brüder von Koch Industries), während die führenden Intellektuellen (im Gramsci’schen Sinne) weit überdurchschnittlich einen sozial alt- oder neu-kleinbürgerlichen Hintergrund (Kleinunternehmer, Selbständige, mittleres Management etc.) und geographisch einen ländlich-provinziellen haben (wobei zudem nicht wenige von ihnen in ihrem bürgerlichen Leben verkrachte Existenzen waren).[[9]](#footnote-9) Auch die Aktivist\_innen stammen eher selten aus der Arbeiterklasse selbst.

Entsprechend ist dort, wo rechtspopulistische Formationen eine Aktivisten- oder elektorale Verbindung zur Arbeiterklasse haben, diese Klassendivergenz zwischen nicht-organischen Intellektuellen und Massen ein dauerhafter Widerspruch, auf dessen Entfaltung linke Politik hinzuarbeiten hätte.

Aber auch in Bezug auf die einfachen Unterstützer des Rechtspopulismus haben über die Jahre zahlreiche internationale Studien der These Rechtspopulismus=Arbeiterklasse widersprochen. Für Deutschland zeigte etwa Franz Walters Studie zu Pegida, dass der durchschnittliche Unterstützer nicht nur eher älter und männlich ist, sondern auch überdurchschnittlich gebildet und wohlhabend.[[10]](#footnote-10) Für Frankreich hat Sebastian Chwala in seinem Buch „Der Front National“ gezeigt, dass die These „FN-Wähler = frühere KPF-Arbeiter“ nicht oder nur regional bedingt stimmt.[[11]](#footnote-11)

Und in Bezug auf die USA? Zur Erklärung der Wiederwahl von George W. Bush 2004 bemühte der linkssozialdemokratische Publizist Thomas Frank in seinem Buch *What’s the Matter with Kansas?* einst die These: Die Republikaner hätten eine neue politische Koalition aus großbürgerlich-transnationalen Eliten und wertkonservativen weißen Arbeiter\_innen geschaffen. Mit dem – als kultureller Klassenkampf gegen arrogante bürgerliche Linksliberale geführten – Wertediskurs brächte es die Elite zustande, dass die weiße Arbeiterklasse gegen ihre materiellen Interessen stimme. Im Wahlkampf würden Schulgebete, Abtreibung, Homo-Ehe, Widerstand gegen Schusswaffenregulierung etc. dominieren und nach den Wahlen dann stattdessen die Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt, Sozialleistungen gekürzt, Freihandel forciert, Gewerkschaftsrechte geschliffen und der Mindestlohn eingefroren.[[12]](#footnote-12)

**Warum sollten Arbeiter Establishment-Demokraten wählen?**

Verantwortlich machte Frank die neoliberale Politik der Demokraten, die die Klassenfrage als Kulturfrage der Rechten überlasse. Tatsächlich stellt sich ja die Frage, welchen Grund Arbeiter\_innen in den letzten 25 Jahren hätten haben sollen, sich für die Demokraten zu begeistern. Die Politik des demokratischen Establishments richtete sich mit der drastischen Einschränkung der Arbeitslosenversicherung, der Verabschiedung der nordamerikanischen Freihandelszone und der Deregulierung der Finanzmärkte unter Präsident Bill Clinton objektiv gegen ihre materiellen und politischen Interessen. Kapitalverlagerungen, globale Konkurrenz und Workfare haben zum dramatischen Rückgang der Reallöhne für Nichtakademiker\_innen geführt. In den Ruinen und verblühten Landschaften von Detroit und Youngstown, OH[[13]](#footnote-13) über Wilkes-Barre, PA bis Camden, NJ[[14]](#footnote-14) schreit einem die Zerstörung der Gesellschaft im Neoliberalismus ins Gesicht: Die Arbeiterklasse hier hat ihren Lebensstandard sinken sehen und die öffentliche Infrastruktur in kaputte Schulen, Drogenabhängigkeit und Bandenkriminalität zerfallen. Auch unter Barack Obama ist mit der austeritätspolitischen Wende vom Frühjahr 2010 der Niedriglohnsektor weiter angeschwollen und die soziale Ungleichheit gewachsen. Und für viele bleibt – ähnlich wie im deindustrialisierten und verarmten Ostdeutschland – nur der „economic draft“: die Verheizung im – von beiden Parteien betriebenen – permanenten „Krieg gegen den Terror“.

Das demokratische Establishment zeigt sich dabei so lernresistent wie die kontinentaleuropäische Sozialdemokratie. Während niemand so sehr die Politik von ewigem Freihandel, Verarmung und Krieg so sehr verkörpert wie Hillary Clinton, rufen deren Unterstützer wie Jonathan Chait den linken Kritikern um Bernie Sanders zu: „Liberalism is working.“[[15]](#footnote-15) Ja sicher, nur für wen?

Es sollte also niemand wirklich verwundern, sollten sich die unteren Einkommensklassen den Republikanern zuwenden, die wenigstens nicht mit linksliberaler, urban-akademischer Selbstgerechtigkeit auf sie hinabschauen. Und tatsächlich wiederholte Frank seine These auch in Bezug auf Trump.[[16]](#footnote-16)

Interessant ist jedoch: Franks These mag logisch einleuchten, empirisch geht sie aber vollends an der Wirklichkeit vorbei. Tatsächlich hat, wie die langfristige Studie *Red State, Blue State, Rich State, Poor State* von Andrew Gelman zeigt, die Neoliberalisierung der Demokraten dem US-Klassenwahlverhalten so gut wie keinen Abbruch getan. Die soziale Frage determiniert weitgehend das Wahlverhalten; erst jenseits des mittleren Jahreshaushaltseinkommens (über 56.000 Dollar) kommt – vor allem bei Weißen – die Wertfrage als wahlentscheidend zum Tragen.[[17]](#footnote-17) Eine kleine Ausnahme, so hat Larry M. Bartels gegen Frank gezeigt, sind die gewerkschaftsfrei-industrialisierten Südstaaten, wo die Aufhebung der Rassentrennung schon früh einen Teil der weißen Arbeiter von den Demokraten entfremdete.[[18]](#footnote-18) Auch die Tea Party war laut einer Studie von Theda Skocpol/Vanessa Williamson[[19]](#footnote-19) vor allem ein Phänomen der überdurchschnittlich älteren, männlichen, weißen Gebildeten und Einkommensstarken.

**Re-Alignment durch Trump?**

Nun behaupten manche, dass jetzt allerdings Trump für ein wirkliches „re-alignment“ stehe. Tatsächlich scheint es ihm – im Kontext einer allgemeinen Legitimationskrise und „populistischen Situation“[[20]](#footnote-20) – scheinbar besser als früheren Kapitaleliten-Republikanern zu gelingen, unter einem Teil der Arbeiterklasse Anziehungskraft zu entfalten. Trump, so der frühere Vorsitzende der größten Dienstleistungsgewerkschaft SEIU Andy Stern, „hat ein anderes Profil als George W. Bush oder Mitt Romney. Er ist seit langem der erste Republikaner, der wirklich anziehend wirkt. Ich glaube nicht, dass Leute Mitt Romney betrachtet und gedacht haben, ‚Der Typ kämpft für meine Interessen‘.“ (zitiert nach *Huffington Post*, 17.3.2016[[21]](#footnote-21)) Umfragen des AFL-CIO-nahen Instituts Working America von Anfang des Jahres zeigen zudem, dass in einem Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse im neuenglischen „Rostgürtel“ durchaus Sympathien für Trump existieren.[[22]](#footnote-22) Aber heißt das, die Arbeiterklasse in den USA steht plötzlich rechts?

Der erste Einwand gegen diese These ist freilich, dass die US-Arbeiterklasse nicht nur (männlich-)weiß ist. Sie ist zunehmend ethnisch und „rassisch“ sowie geschlechtlich heterogenisiert. Tatsächlich waren 2014 nur noch 58% der Arbeiterklasse in den USA weiß, 23,5% dagegen sind Latinos, 15% Schwarze und 3,5% Asiaten. Der Slate-Redakteur Jamelle Bouie hat deshalb zurecht kritisiert, dass viele, die zu dieser Frage arbeiten, „die Analyse der ‚Arbeiterklasse‘ zu einer Analyse der ‚weißen Arbeiterklasse‘ verschieben.“[[23]](#footnote-23) Tatsächlich ist es schon unlogisch zu glauben, dass Trumps radaurassistische Rhetorik gegen Latinos und Muslime oder seine sexistischen Ausfälle hier allgemein verfangen.

Dieser Eindruck ist jedoch kein Ausdruck von falschem Bewusstsein. Der rechtsautoritäre Nationalist Trump bedient – wenigstens rhetorisch – Arbeiterinteressen, wenn er sich gegen unpopuläre Freihandels- und imperialistische Kriegspolitik ausspricht. Chinesischen und mexikanischen Importen will Trump Einfuhrzölle von 45 bzw. 35% auferlegen. Und Bushs und Obamas „Krieg gegen den Terror“ bezeichnet Trump als großen Fehler und bedauert, wie sehr man die 4,4 Billionen Dollar, die dieser nach Angaben einer Studie der Brown University gekostet hat, für Investitionen in die kollabierende Infrastruktur hätte gebrauchen können. Trump steht damit in diesem Punkt links von Clinton. Zusammen mit seinem Vorhaben, die 12 Millionen „illegalen“ Einwanderer zu deportieren und die Grenzen massiv zu befestigen, macht Trump Teilen der weißen Arbeiterklasse damit im Gegensatz zum Clinton-Establishment durchaus ein (rhetorisches) Angebot. „Der Rechtspopulismus“, so kürzlich der in Kanada lehrende marxistische Ökonom Ingo Schmidt „erlaubt die Artikulation der Unzufriedenheit innerhalb des neoliberalen Narrativs der Austerität und freien Märkte (…). Rechtspopulisten schlagen schlicht vor, dasss der Gürtel für einige wieder lockerer geschnürt werden könnte, wenn bloß die wirklichen Unwürdigen radikal von den Hochlohnjobs und jeder Form von Sozialleistungen ausgeschlossen würden.“[[24]](#footnote-24)

Trumps Antiestablishment-Anschein wird dabei umso mehr verstärkt, je mehr der gesamte, d.h. auch der rechte, traditionell republikanische Flügel des transnational-imperialen Machtblocks sich auf die Seite Clintons schlägt (personell verkörpert u.a. durch Henry Kissinger, Dick Cheney, Laura Bush, Charles Koch von Koch Industries,[[25]](#footnote-25) den Neocon Max Boot[[26]](#footnote-26) etc.). Selbst die beiden letzten republikanischen Präsidenten George Bush (1993-1997) und George W. Bush (2001-2009) sowie der marktradikale Repräsentantenhaus-Sprecher Paul Ryan haben Trump ja bislang die Unterstützung versagt. Tatsächlich darf in den Augen dieser ökonomischen und politischen Eliten niemand, der das American Empire zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung des globalen Kapitalismus infrage stellt, jemals Präsident werden. Und Trump wird es trotz der großen Schwächen Clintons im Kontext einer „populistischen Situation“ auch nicht werden. (Wobei er seine populäre Antikriegs-Antifreihandels-Position, würde er gewählt, auch niemals durchhalten könnte, insofern ihm dafür die soziale Basis fehlt.)

Linksliberale Kommentator\_innen werfen Trump nun Heuchelei vor, wenn er konkrete Konzerne für Kapitalverlagerungen angreift, aber er selbst z.B. seine Bekleidungsmarke „Donald J. Trump Signature Collection“ in Billiglohnländern wie Bangladesh, China und Honduras produzieren ließ,[[27]](#footnote-27) oder trotz seiner Einwanderungsfeindlichkeit eine vierstellige Zahl an „Gastarbeitern“ mit speziellen Arbeitsvisen auf seine Baustellen in Florida oder Weinbaugebiete holte, wie Recherchen von CBS4 News[[28]](#footnote-28) und Reuters[[29]](#footnote-29) unabhängig voneinander herausfanden. Dabei weist die Vorsitzende der Gastronomiegewerkschaft UNITE HERE, Wendi Walsh, darauf hin, welchen Vorteil diese Praxis für Kapitalisten wie Trump hat: „Für den Unternehmer“ sei das „ein realer Vorteil, denn der Arbeiter könne nicht abhauen, nicht kündigen, nicht zur Konkurrenz gehen, denn wenn er seinen Job aufgibt, wird er deportiert. Das ist so nah es nur geht an der Schuldknechtschaft.“[[30]](#footnote-30) Entscheidend ist, dass Trump sich auch hier glaubwürdig herausreden kann, insofern er sagt, dass dies nach den bestehenden Gesetzen nicht illegal sei und man unter den bestehenden Bedingungen keine Bekleidung in den USA produzieren könne.

Natürlich steckt auch hinter der rassistischen Rhetorik von Trump ein prokapitalistisches Programm. Er vermeidet wirtschaftspolitische Konkretion. Zum Mindestlohn hält er sich zwar zurück. Aber er hat sich in jedem Fall für Steuersenkungen für Konzerne und Reiche wie ihn selbst und auch für die gewerkschaftsfeindlichen Right-to-Work-Gesetze ausgesprochen, die allerorten von republikanischen Kongressen und Gouverneuren erlassen worden sind. Dies hindert ihn allerdings nicht daran, gelegentlich darauf hinzuweisen, dass er mit den Gewerkschaftsvertretungen in seinen Bauunternehmen stets gut ausgekommen sei.

**Trumps Arbeiterklasse?**

Trump hat also einem Teil der abstiegsbedrohten, weißen Arbeiterklasse etwas anzubieten. Im Vergleich zu Clinton spricht er auch mit dem Freihandel einen Teil der Ursachen der relativen Verelendung an. Trotzdem gibt es empirisch keine Indikatoren, dass Trump die Arbeiterklasse, nicht einmal die weiße, als solche hinter sich hat.

Nun ist das statistische Material nicht einfach zu handhaben. Insofern Beschäftigtenstatus oder Vermögen politsoziologisch nicht erhoben werden, sind die gängigen Indikatoren für Arbeiterklasse entweder fehlender Hochschulabschluss oder Haushaltseinkommen unterhalb des Durchschnitts von 56.000 Dollar.

Dieser Tatsache eingedenk förderte die umfassendste Analyse zur Frage (herausgegeben vom vielleicht einflussreichsten Wahlanalyseinstitut FiveThirtyEight[[31]](#footnote-31)) zutage, dass Trump zwar besser als seine republikanischen Kontrahenten in der Lage war, Menschen mit geringeren Einkommen für sich zu gewinnen. In den ersten 23 Vorwahlen betrug jedoch das Durchschnittshaushaltseinkommen seiner Wähler\_innen weit überdurchschnittliche 72.000 Dollar (bei Marco Rubio: 88.000, bei John Kasich: 91.000). Auch hatten 44% aller Trump-Wähler einen Hochschulabschluss (verglichen mit durchschnittlichen 29% allgemein). Insgesamt nur 12% aller seiner Wähler hatten ein Jahreseinkommen unter 30.000. Allein (und selbst) die neoliberale Clinton schaffte es in den ersten 23 Staaten doppelt so viele Stimmen von Menschen mit einem Jahreseinkommen unter 30.000 zu bekommen wie Trump.

Insofern jedoch auch Clintons und Sanders‘ Wähler mit jeweils 61.000 überdurchschnittliche Einkommen hatten, zeigt diese Tatsache erstens, dass – wie Sanders moniert – die armen und arbeitenden Klassen ( vor allem in den Vorwahlen) nicht wählen gehen. Und zweitens: Wenn sie aber wählen geht, dann wählen sie weiterhin eher demokratisch.

Dabei zeigen Umfragen und das Wahlverhalten in den späteren Bundesstaaten wie etwa West Virginia,[[32]](#footnote-32) dass und in welchem Ausmaße es Sanders mit seiner linken, nichtexklusiv-solidarischen Botschaft[[33]](#footnote-33) viele weiße Arbeiter\_innen von den Republikanern zurückzugewinnen vermocht hat, die vom Clinton-Establishment stets als „rassistisch“ abgetan werden, wenn sie mal nicht für den Establishment-Kandidaten der Demokraten stimmen wollen, der ihnen globale Konkurrenz und Krieg als alternativlos verkauft. Sanders steht damit für die Tatsache, dass die Linke in den USA selbstbewusst genug sein kann: Sofern sie eine reale Alternative zum neoliberalen Status Quo anbietet, ist und bleibt sie politisch mehrheitsfähig – gerade in der Arbeiterklasse. Verabschieden sich Teile der weißen Arbeiterklasse nach rechts, dann ist dafür nicht ein abstrakter „Rassismus“ verantwortlich, sondern das politische Versagen der Drittwegs-„Sozialdemokratie“.

1. Ein kurzer Auszug aus diesem Text erschien in „Analyse & Kritik“, Nr. 616 (Mai 2016) [↑](#footnote-ref-1)
2. Bsp. <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2015/07/27/donald-trumps-surge-is-heavily-reliant-on-less-educated-americans-heres-why/>; [↑](#footnote-ref-2)
3. Chozick, Amy u. Patrick Healy, „Inside the Clinton Team’s Plan to Defeat Donald Trump“, in: New York Times, 29.2.2016, online: http://www.nytimes.com/2016/03/01/us/politics/hillary-clinton-donald-trump-general-election.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&clickSource=story-heading&module=b-lede-package-region&region=top-news&WT.nav=top-news&\_r=1 [↑](#footnote-ref-3)
4. http://nymag.com/daily/intelligencer/2016/04/america-tyranny-donald-trump.html# [↑](#footnote-ref-4)
5. https://www.jacobinmag.com/2016/02/hillary-clinton-bernie-sanders-single-payer-starr-american-prospect-redbaiting-socialism/ [↑](#footnote-ref-5)
6. http://fivethirtyeight.com/features/americans-distaste-for-both-trump-and-clinton-is-record-breaking/ [↑](#footnote-ref-6)
7. Vgl. hierzu und zum eigentlichen Richtungskampf in den USA Solty, Ingar, „Eine Alternative: Im US-Vorwahlkampf fällt die Richtungsentscheidung nicht zwischen den Demokraten und Republikanern, sondern zwischen Sanders‘ klassisch-sozialdemokratischem Programm und verschiedenen Varianten eines imperialen Neoliberalismus“, in: junge Welt, 1.3.2016, S.12-13 [↑](#footnote-ref-7)
8. Vgl. Opratko, Benjamin, „Sind alle Rechten dumm? Und warum können sie nicht rechtschreiben?“, in: Mosaik, 6.8.2015, online: http://mosaik-blog.at/sind-alle-rechten-dumm-und-warum-koennen-sie-nicht-rechtschreiben/ [↑](#footnote-ref-8)
9. Vgl. Solty, Ingar, „Die Tea Party und der hilflose Antifaschismus des Blocks an der Macht“, in: Sozialismus, 37. Jg., H.11 (November 2010), S.45-50 [↑](#footnote-ref-9)
10. Geiges, Lars, Stine Marg u. Franz Walter, Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, transcript, Bielefeld 2015 [↑](#footnote-ref-10)
11. Chwala, Sebastian, *Der Front National: Geschichte, Programm, Politik und Wähler*, Papy Rossa, Köln 2016 [↑](#footnote-ref-11)
12. Frank, Thomas, What’s the Matter With Kansas? How Conservatives Won the Heart of America [↑](#footnote-ref-12)
13. Eindrucksvoll besungen im Lied „Youngstown“ von Bruce Springsteen. [↑](#footnote-ref-13)
14. Vgl. Hedges, Chris, „Camden, NJ – a Catastrophic Cautionary Tale“, in: Truthdig, 12.12.2013, online: http://www.truthdig.com/eartotheground/item/camden\_nj\_a\_catastrophic\_cautionary\_tale\_20131212 [↑](#footnote-ref-14)
15. Chait, Jonathan, „Reminder: Liberalism Is Working, and Marxism Has Always Failed“, in: New York Magazine, 23.3.2016, online: http://nymag.com/daily/intelligencer/2016/03/reminder-liberalism-is-working-marxism-failed.html [↑](#footnote-ref-15)
16. Frank, Thomas, „Millions of Ordinary Americans Support Donald Trump, Here’s Why“, in: The Guardian, 8.3.2016, online: http://www.theguardian.com/commentisfree/2016/mar/07/donald-trump-why-americans-support [↑](#footnote-ref-16)
17. Gelman, Andrew, *Red State, Blue State, Rich State, Poor State: Why Americans Vote the Way They Do*, Princeton University Press, Princeton, NJ 2009 [↑](#footnote-ref-17)
18. Bartels, Larry M., „What’s the Matter with *What’s the Matter with Kansas?*“, in: Quarterly Journal of Political Science, H.1/2006, S.201-226 [↑](#footnote-ref-18)
19. Skocpol, Theda, u. Vanessa Williamson, *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism*, Oxford University Press, Oxford u.a. 2013 [↑](#footnote-ref-19)
20. Vgl. hierzu näher Solty, Ingar, „Donald Trump – ein amerikanischer Faschist? Legitimationskrise, Repräsentationskrise und rechter Populismus in den USA“, in: Sozialismus, 43. Jg., H.1 (Januar 2016), S.2-7 [↑](#footnote-ref-20)
21. http://www.huffingtonpost.com/entry/donald-trump-working-class-unions\_us\_56ead51fe4b03a640a69c58d [↑](#footnote-ref-21)
22. Jamieson, Davie, „Donald Trump is Killing It With White, Working-Class Voters in the Rust Belt. Even among some Democrats“, in: Huffington Post, 28.1.2016, online: http://www.huffingtonpost.com/entry/donald-trump-working-class-voters\_us\_56aa44d0e4b0d82286d51ffa [↑](#footnote-ref-22)
23. Bouie, Jamelle, „What Pundits Keep Getting Wrong About Donald Trump and the Working Class“, in: Slate, 5.5.2016, online: http://www.slate.com/articles/news\_and\_politics/politics/2016/05/what\_pundits\_keep\_getting\_wrong\_about\_donald\_trump\_and\_the\_working\_class.html [↑](#footnote-ref-23)
24. http://www.socialistproject.ca/bullet/1103.php [↑](#footnote-ref-24)
25. http://www.salon.com/2016/04/26/a\_progressive\_in\_name\_only\_charles\_koch\_joins\_a\_long\_list\_of\_right\_wingers\_who\_have\_lauded\_hillary\_clinton/ [↑](#footnote-ref-25)
26. Boot, Max, „The Republican Party is Dead“, in: Los Angeles Times, 8.5.2016, online: http://www.latimes.com/opinion/op-ed/la-oe-boot-republicans-in-exile-20160508-story.html [↑](#footnote-ref-26)
27. Helderman, Rosalind S. u. Tom Hamburger, „Trump Has Profited from Foreign Labor He Says Is Killing U.S. Jobs“, in: Washington Post, 13.3.2016, online: <https://www.washingtonpost.com/politics/trump-decries-outsourced-labor-yet-he-didnt-seek-made-in-america-in-2004-deal/2016/03/13/4d65a43c-e63a-11e5-b0fd-073d5930a7b7_story.html> sowie Long, Heather, „Donald Trump suits and ties are made in China“, in: CNN Money, 8.3.2016, online: http://money.cnn.com/2016/03/08/news/economy/donald-trump-trade/index.html [↑](#footnote-ref-27)
28. http://miami.cbslocal.com/2015/09/22/exclusive-trumps-use-of-foreign-workers-in-florida-questioned/ [↑](#footnote-ref-28)
29. http://www.reuters.com/article/us-usa-election-trump-exclusive-idUSKCN0Q62RQ20150802 [↑](#footnote-ref-29)
30. http://miami.cbslocal.com/2015/09/22/exclusive-trumps-use-of-foreign-workers-in-florida-questioned/ [↑](#footnote-ref-30)
31. http://fivethirtyeight.com/features/the-mythology-of-trumps-working-class-support/ [↑](#footnote-ref-31)
32. In einem bemerkenswerten Artikel hierzu beobachtete der ursprünglich aus West Virginia stammende Jedediah Purdy: „West Virginia is neither a secret socialist stronghold nor a racist fever-dream. It is one of several bleeding edges of a sharply unequal country, where people who never had much are feeling as pressed as they can remember ever being. Some are bigots. Many are not. Some, no doubt, find that Trump’s cocktail of arrogance and disgust, grievance and triumphalism, reassuringly resembles their own psychic survival strategies, blown up into world-historical dimensions. Others are voting for the socialist for the same reason they voted for the Chicago community organizer: a desire for a more equal society, born out of the lived experience of inequality.“ Vgl. Purdy, Jedediah, „What West Virginia is Saying at the Polls“, in: Scalawag, 11.5.2016, online: http://www.scalawagmagazine.org/articles/what-west-virginia-is-saying [↑](#footnote-ref-32)
33. Vgl. Solty, Ingar, „Warum gibt es in den Vereinigten Staaten seinen Sozialismus? Das Phänomen Bernie Sanders“, in: Sozialismus, 43. Jg., H.3 (März 2016), S.2-6 [↑](#footnote-ref-33)